



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

B
L
I
C
K
P
U
N
K
T

Informationszentrum Asyl und Migration

Tunesien

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden
Versammlung

Dezember 2011

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Copyright reserved

Any kind of use of this edition not expressly admitted by copyright laws requires approval by the Federal Office (Bundesamt) especially as far as reproduction, adaptation, translating, microfilming, or preparing and storing in electronic retrieval systems is concerned. Reprinting of extracts of this edition as well as reproductions for internal use is allowed only upon prior approval by the Bundesamt and when citing sources.

Abstract

In Tunesien begann der arabische Frühling mit der Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers als Protest gegen das damalige Regime von Zine al Abidine Ben Ali. Präsident Ben Ali floh nach Mas-sendemonstrationen am 14. Januar 2011 nach Saudi-Arabien. Mittlerweile hat Tunesien am 23.10.2011 Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt, aus denen die isla-misch-konservative Ennahdha-Partei als Sieger hervorging, die eine Koalition mit einer säkularen und einer Linkspartei einging. Am 22. November trat die Versammlung erstmals zusammen, die in den kommenden zwölf Monaten eine neue Verfassung ausarbeiten und die Weichen für die Zukunft des Landes stellen soll. Der vorliegende Blickpunkt setzt sich mit dieser Wahl und den Ergebnissen auseinander .

Abstract

The special issue in hand „Focus on Tunisia” provides information about the current domestic polit-ical situation after the elections in Tunisia.

Inhalt

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung.....	1
1. Tunesien vor den Wahlen	1
2. Organisation der Wahlen	3
3. Wahl und Wahlergebnisse	5
4. Parteiporträts	7
4.1 Die Ennahdha.....	7
4.2 Die CPR	11
4.3 Die Al-Aridha	12
4.4 Die Ettakatol	14
4.5 Die PDP	16
5. Fazit	19

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung

1. Tunesien vor den Wahlen

Nach der Flucht von Präsident Ben Ali am 14.01.2011 nach Saudi-Arabien begann eine neue politische Ära in der Geschichte Tunesiens. Das tunesische Volk war auf die Straße gegangen, um für einen grundlegenden Wandel zu demonstrieren. Nun steht das Land vor der großen Aufgabe, die demokratischen Forderungen und Ziele umzusetzen und sich den damit verbundenen politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und verwaltungstechnischen Herausforderungen zu stellen.

Bei den ersten freien Wahlen in Tunesien wurde am 23. Oktober 2011 eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt, welche innerhalb eines Jahres die Grundlagen für die künftige Republik Tunesien erarbeiten soll. In der Zwischenzeit hatte weiterhin die Übergangsregierung die schwierige Aufgabe, die innere Sicherheit aufrecht zu halten und den geordneten Übergang zu einem demokratischen System in Tunesien zu gewährleisten. Sie leitete politische Reformen ein und ratifizierte internationale Verträge. Sowohl die ehemalige Regierungspartei RCD (Konstitutioneller Demokratischer Zusammenschluss, Rassemblement Constitutionnel Démocratique) als auch der Geheimdienst wurden aufgelöst. Mit der Generalamnestie vom Februar 2011 garantierte die Übergangsregierung die Freilassung aller politischen Häftlinge. Außerdem versprach sie die Zulassung von Parteien und die Pressefreiheit. Diese Übergangsregierung wurde im Laufe des Jahres bereits wiederholt umgebildet. Mehrere Kabinettsmitglieder und Premierminister Mohammed Ghannouchi mussten aufgrund ihrer Nähe zum Regime Ben Ali zurücktreten. Nachfolger als Premierminister wurde der Jurist Béji Caïd Essebsi, der zwar auch ein Mitglied der ehemaligen Regierungspartei RCD war, aber seit 1991 nicht mehr aktiv in der Regierungspolitik mitwirkte. Als Interimspräsident wurde Fouad Mebazaa vereidigt, der bis zur Ernennung des jetzigen Staatspräsidenten, Moncef Marzouki, im Amt blieb.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und des Umsturzes soll in drei Kommissionen geschehen. Diese beschäftigen sich mit der Polizeigewalt gegenüber den Demonstranten während der Revolution, der Korruption unter Ben Ali und der Durchsetzung der politischen Reformen, die während der Revolution gefordert wurden.¹

Die Übergangsregierung war vor den Wahlen mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Tunesien war bis zur Flucht Ben Alis seiner Verfassung nach eine Präsidentialrepublik, Präsident Ben Ali vereinte als Staatsoberhaupt, Oberkommandierender der Streitkräfte und Parteichef alle Macht auf sich. Er und die frühere Einheits- bzw. spätere Regierungspartei RCD dominierten alle Bereiche des politischen und öffentlichen Lebens. Zwar waren einige Oppositionsparteien zugelassen, jedoch standen diese unter dem Diktat der RCD. Vor den Wahlen musste sich eine völlig neue politische Landschaft herausbilden. Die meisten Parteien, die zur Wahl antraten, waren politisch relativ unerfahren. Die Organisation einer Partei, die Aufstellung eines Parteiprogrammes und die Führung eines Wahlkampfes waren für Viele ein neues Gebiet.

Für die Wahl hatten sich im Vorfeld über hundert Parteien registrieren lassen. Die in der Presse angegebenen Zahlen der tatsächlich angetretenen Parteien variieren von unter 80 bis über 100.² Für die Bevölkerung war es schwer, sich einen Überblick über dieses breite Parteienspektrum zu verschaffen. Erschwerend kam hinzu, dass unter dem Regime Ben Alis staatlich geprägte Medien vorherrschten. Es war daher in dieser kurzen Zeit nicht möglich, unabhängige Medien zu schaffen, die auch im Umgang mit politischer Diskussionskultur erfahren waren. Die Aufklärung der Bevölkerung über die unterschiedlichen politischen Richtungen und Wahlmöglichkeiten, die Herausbildung von politischer Bildung und eine übersichtliche Berichterstattung waren dadurch beeinträchtigt.³

¹ vgl. div. Pressemeldungen z.B: Sieg der Islamisten könnte zu neuen Aufständen führen, welt.de vom 24.10.2011, <http://www.welt.de/politik/ausland/article13678739/Sieg-der-Islamisten-koennte-zu-neuem-Aufstand-fuehren.html>, abgerufen am 08.11.2011;

Béji „Caïd“ Essebsi. Tunesischer Übergänger. Faz.net vom 03.03.2011, <http://www.faz.net/aktuell/politik/portraits-personalien/beji-caid-essebsi-tunesischer-uebergaenger-1608550.html>, abgerufen am 08.11.2011;

Nach Protesten in Tunis. Tunesischer Regierungschef gibt auf. Tagesschau.de vom 27.02.2011, <http://www.tagesschau.de/ausland/ghannouchiruecktritt102.html>, abgerufen am 08.11.2011; Tunesische Kommission zur Untersuchung von Polizeigewalt eingesetzt. Stern.de vom 23.01.2011, <http://www.stern.de/news2/aktuell/tunesische-kommission-zur-untersuchung-von-polizeigewalt-eingesetzt-1646255.html>, abgerufen am 08.11.2011

² vgl. KAS. Klaus D. Loetzer: Tunesien vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Verhaltener Optimismus, 02.09.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_28675-1522-1-30.pdf?110905141620, abgerufen am 18.01.2012;

Tunesien nach der Wahl: Das Volk war nicht vorbereitet. Faz.net vom 19.12.2011, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/tunesien-nach-der-wahl-das-volk-war-nicht-vorbereitet-11564785.html>, abgerufen am 18.01.2012;

Interview. „Tunesiens Wahl hat Modellcharakter“. Welt.de vom 23.10.2011, <http://www.welt.de/print/wams/politik/article13675897/Tunesiens-Wahl-hat-Modellcharakter.html>, abgerufen am 18.01.2012

³ vgl. KAS. Klaus D. Loetzer: Tunesien vor den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung. Verhaltener Optimismus, 02.09.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_28675-1522-1-30.pdf?110905141620, abgerufen am 08.11.2011;

Die Schwierigkeiten der Bevölkerung mit dieser Situation zeigt eine Studie des Institutes IFES (International Foundation für Electoral Systems). Demnach wussten weniger als 43 % der Befragten, dass am 23. Oktober die Verfassungsgebende Versammlung gewählt wird. 23 % waren der Meinung, dass es sich um die Wahl des Präsidenten handelt und 31 % wussten nicht, wer gewählt wird. Viele Tunesier hatten auch kurz vor der Wahl noch keine Entscheidung für einen Kandidaten getroffen.⁴

2. Organisation der Wahlen

Am 23. Oktober 2011 fanden die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (VV) statt, aus deren Reihen wieder eine neue Übergangsregierung hervorgegangen ist. Wichtigste Aufgabe der Verfassungsgebenden Versammlung ist innerhalb eines Jahres ein neue Verfassung zu erstellen. Zudem soll sie die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorbereiten, das Wahlgesetz und das Presserecht überarbeiten und eine Stellungnahme zu der Frage erarbeiten, ob die neue Republik parlamentarisch oder präsidential ausgerichtet sein wird. Die Versammlung umfasst 217 Mitglieder. Über 100 Parteien und 10.000 Kandidaten hatten sich für die Wahl registrieren lassen. Insgesamt gab es ca. 1.600 Listen.⁵

Die bereits für Juni geplante Wahl wurde auf Oktober 2011 verschoben, da zunächst zahlreiche organisatorische und logistische Probleme geklärt werden mussten. Schwerpunkte dabei waren der Erlass eines Wahlgesetzes, die Einrichtung einer Wahlkommission, die Durchführung der Wählerregistrierung und die Ausbildung von Wahlhelfern. Zudem brauchten viele der neu gegründeten Parteien Zeit, um ihre Wahlprogramme zu erstellen und zu propagieren.⁶

Hintergrund aktuell. Erste freie Wahlen in Tunesien. Bpb.de, vom 25.10.2011, http://www.bpb.de/themen/ORARDU,0,0,%DCbergangsregierung_in_Tunesien.html, abgerufen am 08.11.2011; BAMF: Tunesien - Politische Entwicklung und aktuelle Lage. Nürnberg, Februar 2011; Digitale Wegweiser durch den tunesischen Polit-Dschungel, zeit.de vom 17.10.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/201110/Tunesien-Wahlen-Wahlomate>, abgerufen am 08.11.2011

⁴ vgl. IFES FAQ. Elections in Tunisia: The 2011 Constituent Assembly. Frequently Asked Question, ifes.org, Juli 2011, http://www.ifes.org/Content/Publications/WhitePapers/2011/~media/Files/Publications/White%20PaperReport/2011/Tunisia_FAQs_072011.pdf, abgerufen am 09.11.2011; Congressional Research Service. Alexis Arieff: Political Transition in Tunisia, vom 20.09.2011, <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS21666.pdf>, abgerufen am 09.11.2011

⁵ vgl. Tunesiens Jugend fordert Demokratie und Jobs, Nürnberger Nachrichten vom 20.09.2011; Ein historischer Tag für Tunesien, Die Tageszeitung vom 24.10.2011

⁶ vgl. Tunesier wählen später. SZ vom 09.06.2011; Tunesien: Wahlen auf den 23. Oktober verschoben, zenithonline.de vom 08.06.2011, <http://www.zenithonline.de/deutsch/home/quicknews/artikel/tunesien-wahlen-auf-den-23-oktober-verschoben-001964/>, abgerufen am 09.11.2011

Das derzeit gültige Wahlgesetz legt fest, dass das Verhältniswahlrecht anzuwenden ist. Damit besteht auch für kleine Parteien und unabhängige Kandidaten die Chance, in die Verfassungsgebende Versammlung einzuziehen. Auch die Geschlechterparität ist in diesem Gesetz verankert. Insgesamt gab es 33 Wahlbezirke, davon 27 im Inland und 6 im Ausland. Somit hatten auch im Ausland lebende Tunesier die Möglichkeit an der Wahl teilzunehmen.⁷

Bei der Wählerregistrierung gab es Probleme. Bis zum Fristende Anfang August 2011 hatten sich nur ca. 55 % der Wahlberechtigten registrieren lassen, worauf beschlossen wurde, dass auch die nicht registrierten Wähler unter Vorlage ihres Personalausweises wählen dürfen. Insgesamt gab es ca. 7.5 Mio. Wahlberechtigte in Tunesien.

Die Angaben über die Wahlbeteiligung waren in der Presse sehr unterschiedlich. Die Zahlen reichten von unter 50 % bis über 90 %. In vielen Berichten wurde zunächst von einer sehr hohen Wahlbeteiligung von 90 % ausgegangen. Offenbar bezog sich dies aber nur auf die abgegebenen Stimmen der registrierten Wähler. Unter Einbeziehung der Stimmen der nicht-registrierten Wähler relativierte sich die ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung im Laufe der weiteren Berichterstattung. Denn nur sehr wenige der nicht eingetragenen Wähler, die fast die Hälfte aller Wahlberechtigten darstellten, hatten am Ende tatsächlich gewählt. Nur eine halbe Million der nicht-registrierten Wähler seien zur Wahl gegangen, berichtete der Leiter der EU-Wahlbeobachtungskommission, Michael Gahler. Damit könne insgesamt von einer Wahlbeteiligung von ca. 55 % ausgegangen werden.⁸

Durch die Hohe Kommission für die Durchsetzung der Ziele der Revolution, geleitet von Ben Achour, wurde die unabhängige Wahlkommission ISIE (Instance Supérieure Indépendante pour les Élections) ins Leben gerufen. Sie wurde ausschließlich für die Wahl am 23. Oktober etabliert. Für die logistische Durchführung der Wahlen war das Liaison Komitee zuständig, das von der ISIE eingerichtet wurde. Das Centre national de l'informatique (CNI) beschäftigte sich mit der Registrierung der Wahlberechtigten. Die Ausbildung der Wahlhelfer war Sache des Ministeriums für Bildung und das Außenministerium war zuständig für die Registrierung der im Ausland lebenden Tunesier. Die ISIE organisierten die Wahlen in den einzelnen Bezirken.⁹

⁷ vgl. Historische Wahlen in Tunesien, dw-world.de vom 23.10.2011, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,15481244,00.html>, abgerufen am 10.11.2011; Tunesiens einzige Volkspartei, taz.de vom 26.10.2011, <http://www.taz.de/!80623/>, abgerufen am 10.11.2011

⁸ vgl. KAS. Klaus D. Loetzer: Wahlsieg der islamistischen Ennahdha, vom 01.11.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_29284-1522-1-30.pdf?111101195541, abgerufen am 10.11.2011; Interview mit Michel Gahler. Fünf Fragen zur: Wahl in Tunesien, bundestag.de vom 31.10.2011, <http://www.bundestag.de/dasparlament/2011/44-45/EuropaWelt/36378727.html>, abgerufen am 10.11.2011; Hohe Wahlbeteiligung bei erster freier Wahl in Tunesien, zeit.de vom 23.10.2011, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/tunesien-wahl-beteiligung>, abgerufen am 10.11.2011

⁹ vgl. IFES FAQ. Elections in Tunisia: The 2011 Constituent Assembly. Frequently Asked Question, ifes.org, Juli 2011, http://www.ifes.org/Content/Publications/WhitePapers/2011/~media/Files/Publications/White%20PaperReport/2011/Tunisia_FAQs_072011.pdf, abgerufen am 10.11.2011

ISIE entsendete rund 14.000 tunesische Wahlbeobachter, die tunesischen Parteien stellten nochmal 35.000 Personen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) war mit 75 Wahlbeobachtern aus 21 Ländern in Tunesien vertreten. Zudem gab es Hunderte von internationalen Wahlbeobachtern.¹⁰

3. Wahl und Wahlergebnisse

Wie in den Medien schon vor der Bekanntgabe der Wahlergebnisse spekuliert wurde, ging die islamisch-konservative Ennahdha als Gewinnerin aus den Wahlen hervor, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu erreichen. Sie kann 89 der 217 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung besetzen. Zweitstärkste Kraft wurde die linksgerichtete CPR (Kongress für die Republik) mit 29 Sitzen. Auf den dritten Platz kam im Ergebnis die nationalistische Partei Al-Aridha (Volkspetition für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung), die mit 26 Sitzen in die VV einziehen kann. Viertstärkste Kraft wurde die sozialdemokratische Ettakatol (Demokratisches Forum für Freiheit und Arbeit) mit 20 Sitzen. Die PDP (Demokratische Fortschrittspartei) konnte 17 Sitze erreichen. Insgesamt sind künftig 25 verschiedene Parteien in der Verfassungsgebenden Versammlung vertreten. Davon haben 14 Parteien jedoch nur je einen Sitz erreicht.¹¹ Die Ennahdha stellt die meisten Frauen in der tunesischen Versammlung. 42 weibliche Ennahdha-Mitglieder werden die Gestaltung der Verfassung mitbestimmen. Die restlichen Parteien entsenden lediglich neun Frauen.¹²

Die Ennahdha muss somit mit anderen Parteien koalieren, um eine handlungsfähige Mehrheit zu erreichen. In der zukünftigen Übergangsregierung wird die Ennahdha zusammen mit der CPR und der Ettakatol eine Koalition bilden. Inzwischen wurde eine Übergangsverfassung verabschiedet, die insgesamt 26 Artikel enthält und mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Daraufhin wurde Moncef Marzouki, der zuvor sein Amt als Vorsitzender der CPR niederlegte, als Staatspräsident vereidigt. Hamadi Jebali wurde am 13. Dezember 2011 zum Ministerpräsidenten ernannt. Mustapha Ben Jaafar, der Vorsitzende der Ettakatol, übernimmt das Amt des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung.¹³

¹⁰ vgl. Demokratische Wahlen in Tunesien. Islamistische Bewegung liegt vorne, focus.de vom 24.10.2011, http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/demokratische-wahl-in-tunesien-islamistische-bewegung-liegt-vorne_aid_677849.html, abgerufen am 10.11.2011; Wahl in Tunesien. Warten für ein freies Land, faz.net vom 23.10.2011, <http://www.faz.net/aktuell/wahl-in-tunesien-warten-fuer-ein-freies-land-11502700.html>, abgerufen am 10.11.2011

¹¹ vgl. DPA: Die Parteien der verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien, bdt0290 4 pl 146 dpa 0680 vom 28.10.2011; Menschenrechtsaktivist soll Staatschef werden. Sueddeutsche.de vom 16.11.2011, abgerufen am 17.11.2011; Marzouki als Präsident vereidigt, FAZ vom 14.12.2011; Übergangsverfassung beschlossen, FAZ vom 12.12.2011

¹² vgl. Tunesisch Denken, Le Monde Diplomatique vom 11.11.2011

¹³ vgl. DPA: Die Parteien der verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien, bdt0290 4 pl 146 dpa 0680 vom 28.10.2011; Menschenrechtsaktivist soll Staatschef werden. Sueddeutsche.de vom 16.11.2011, abgerufen am 17.11.2011; Marzouki als Präsident vereidigt, FAZ vom 14.12.2011; Übergangsverfassung beschlossen, FAZ vom 12.12.2011

Die Durchführung, Organisation und Überwachung der Wahl (siehe Kapitel 2) durch die unabhängige Wahlkommission ISIE (Instance Supérieure Indépendante pour les Élections) wurde international gelobt. Vor allem wenn man die Wahlen unter dem Blickpunkt betrachtet, dass es die ersten freien und demokratischen Wahlen in Tunesien waren. Die Mitglieder der ISIE hatten in der Organisation einer Wahl keine Erfahrungen. Letztendlich kam es zu rund 6000 Wahlunregelmäßigkeiten, wie die mangelnde Verschlüsselung von Wahlurnen, ungenügende Geheimhaltung, keine Benutzung von Spezialtinte usw., es soll auch Einzelfälle von Wahlbeeinflussung gegeben haben. In den meisten Wahlbüros waren nur Vertreter der Ennahdha anwesend. Mitglieder anderer Parteien waren kaum in den Wahllokalen vertreten. Die Wähler mussten zudem sehr lange Warteschlangen in Kauf nehmen. Ein Einzugsbereich umfasste circa 800.000 Personen, was zu Wartezeiten von vier bis sechs Stunden führte.¹⁴

In Sidi Bouzid, wo der Umsturz mit der Selbstverbrennung des arbeitslosen Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi seinen Ausgang nahm, kam es nach der Verkündung der offiziellen Wahlergebnisse zu Ausschreitungen. Sidi Bouzid und die gleichnamige Region gehören zu den ärmsten und vernachlässigten Gebieten im Landesinneren Tunesiens. Für die Partei Al-Aridha wurden in der Region Sidi Bouzid die meisten Stimmen abgegeben. Die Wahlkommission annullierte im Nachhinein sechs Kandidatenlisten der Al-Aridha. Die ISIE begründete den Ausschluss mit Vergehen bei der Wahlkampffinanzierung und mutmaßlichen Verbindungen der Parteimitglieder zur RCD. Zudem habe der Parteichef, der Medienunternehmer Hemdi Hachmi, seinen eigenen Fernsehsender in Tunesien benutzt, um darüber Wahlpropaganda zu betreiben. Mehrere hundert Personen beteiligten sich an Straßenschlachten mit der Polizei und dem Militär. Zudem wurden das Parteibüro der Ennahdha sowie das Gebäude der Regionalregierung in Brand gesetzt.¹⁵

Nachdem Hemdi Hachmi gegen diese Entscheidung gerichtlich vorging, hob das zuständige Gericht alle Annullierungen der Listen auf. Damit erreichte die Al-Aridha Platz drei bei den Wahlen und

¹⁴ vgl. KAS. Klaus D. Loetzer: Wahlsieg der islamistischen Ennahdha, kas.de vom 01.11.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_29284-1522-1-30.pdf?111101195541, abgerufen am 14.11.2011; Zu den ersten demokratischen Wahlen in Tunesien. aussen-sicherheitspolitik.de vom 27.10.2011, <http://ausen-sicherheitspolitik.de/6827/regionen/afrika/zu-den-ersten-demokratischen-wahlen-in-tunesien>, abgerufen am 14.11.2011;

Interview mit Michael Gahler: „Das war ein guter Tag für Tunesien“, dw-world.de vom 24.10.2011, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,15483745,00.html>, abgerufen am 14.11.2011

¹⁵ vgl. Wahlen in Tunesien. Deutlicher Sieg für die Islamisten. faz.de vom 27.10, <http://www.faz.net/aktuell/politik/arabische-welt/wahlen-in-tunesien-deutlicher-sieg-fuer-islamisten-11508885.html>, abgerufen am 14.11.2011;

Krawalle in Geburtsstadt tunesischer Revolution. Reuters.com vom 28.10.2011, <http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE79R0DB20111028>, abgerufen am 14.11.2011; Protest in Tunesien. Revolutionsführer üben den Aufstand, spiegel.de vom 28.11.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,794665,00.html>, abgerufen am 14.11.2011; KAS. Klaus D. Loetzer: Wahlsieg der islamistischen Ennahdha, kas.de vom 01.11.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_29284-1522-1-30.pdf?111101195541, abgerufen am 14.11.2011

verdrängte Ettakatol auf Platz vier. Somit kam es erst Mitte November zur Verkündung der endgültigen Wahlergebnisse.¹⁶

4. Parteiporträts

Nach dem Zusammenbruch des alten Systems kam es in Tunesien innerhalb weniger Monate zum Aufblühen der Zivilgesellschaft und zur Gründung von über 100 Parteien. Darunter sind die verschiedensten Richtungen vertreten und der Partei - und Meinungsbildungsprozess ist noch nicht abgeschlossen.

Derzeit lässt sich die politische Landschaft Tunesiens grob in drei Blöcke unterteilen.

Den größten Block bilden die islamistisch orientierten Gruppen mit Ennahdha als stärkste Kraft, daneben gibt es einen linken Flügel und einen liberalen Block der rechten Mitte. In diesem rechten Flügel befinden sich auch einige Parteien, die als Sammelbecken für ehemalige Mitglieder und Eliten von Ben Alis RCD (Rassemblement constitutionnel démocratique) gelten können.

Allerdings war es ehemaligen Funktionären der früheren Regierungspartei RCD nicht erlaubt, für die Verfassungsgebende Versammlung zu kandidieren. Wer in den vergangenen zehn Jahren ein Amt in der RCD inne hatte, durfte nicht als Kandidat antreten.

Im Folgenden ein Überblick über die wichtigsten Parteien und ihre Ziele.

4.1 Die Ennahdha

Ausrichtung: Islamisch, konservativ



Parteiemblem

¹⁶ vgl. Verhandlungen in Tunis. Islamisten wollen mit säkularen Parteien koalieren. FAZ vom 16.11.2011

Gründung und Entwicklung

Die Partei Ennahdha („Wiedergeburt“) wurde 1981 unter dem Namen MTI (Islamic Tendency Movement, Islamische Tendenz) von Rachid Ghannouchi und Abdelfattah Mourou gegründet. Zur gleichen Zeit liberalisierte der damalige Staatspräsident Habib Bourguiba das politische System Tunesiens und ließ Oppositionsparteien zu. Die Zulassung als Partei wurde der MTI wegen ihrer islamischen Ausrichtung untersagt. Die Mitgliedschaft wurde als illegale Aktivität eingestuft und stand unter Strafe. Bereits 1981 wurde die gesamte Führung der MTI inhaftiert.

Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Zine el Abidine Ben Ali 1987 entspannte sich zunächst die Situation zwischen Regierung und Anhängern der MTI. Ben Ali begnadigte in den Jahren 1987/1988 über 600 Mitglieder dieser MTI-Bewegung. Sie erhoffte nun einen legalen Status als Partei zu erlangen und änderte ihren Namen von Islamic Tendency Movement in Ennahdha, was Wiedergeburt oder Renaissance bedeutet. Denn das politische Parteiengesetz von 1988 sah vor, dass Parteien, die sich auf der Grundlage von Rasse, Sprache oder Religion bildeten, unzulässig sind. Zu den Parlamentswahlen 1989 in Tunesien konnte Ennahdha jedoch als Partei nicht antreten, weil über ihre Zulassung zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden war. Deshalb nahmen Kandidaten der Ennahdha als Unabhängige an der Wahl teil und konnten einen hohen Wahlerfolg verzeichnen. Dieser Erfolg war eine Bedrohung für den Machtanspruch Ben Alis und die Zulassung als Partei wurde verweigert. Viele ihrer Mitglieder wurden wegen Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation, Teilnahme an nicht genehmigten Zusammenkünften und Demonstrationen oder dem Verteilen von Flugblättern verhaftet.

Ennahdha wurde auch für einen Anschlag auf die Zentrale der Regierungspartei (RCD) in Bab Souika im Jahr 1991 verantwortlich gemacht. Daraufhin kam es zu einer erneuten Verhaftungswelle. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, einen Anschlag auf die Regierung Ben Alis verübt zu haben mit dem Ziel, diese zu stürzen. Die Ennahdha dementierte die Behauptung, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Laut Amnesty International sollen in den Jahren zwischen 1990 und 1992 mindestens 8000 Ennahdha-Anhänger inhaftiert worden sein.¹⁷

Die Bestimmungen der Generalamnestie vom Februar 2011, die politische Gefangene amnestiert, müsste zur Freilassung von mehr als 10.000 Anhängern der Ennahdha führen, die unter Ben Ali inhaftiert wurden.¹⁸

¹⁷ vgl. Amnesty International. Tunesien. Verlängerte incommunicado Haft und Folter. Februar 1992; Amnesty International. Referat für politische Flüchtlinge. Tunesien. Verfolgung aufgrund der Zugehörigkeit zu verbotenen oder nicht zugelassenen Parteien, Juli 1995; Stevovic, Mihailo V.: Tunesien auf dem Weg der Demokratisierung, In: Internationale Politik(Belgrad), September 1989; Parteiemblem: <http://www.nahdha.org/arabe/index.php>

¹⁸ vgl. Auswärtiges Amt. Bericht über asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Tunesischen Republik. Oktober 2011

Führende Persönlichkeiten

Rachid Ghannouchi, Gründer und Vorsitzender der Ennahdha, wurde am 22. Juni 1941 geboren und wuchs als Sohn eines Imams auf dem Land in Tunesien auf. Er studierte in Tunis, Kairo und Damaskus. Anfänglich war er noch von der Idee des Panarabismus nach dem Vorbild des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser begeistert. Die Hinwendung zum Islam wurde durch eine Reise nach Europa verstärkt, wo er sich von „einer starken arabischen Nation nach dem Vorbild der westlichen Welt“ verabschiedete. Ende der 60er Jahre kehrte er nach Tunesien zurück, nachdem er sein Philosophiestudium in Frankreich abgebrochen hatte. Dort gründete er eine Organisation, deren Ziel es war, die Verwestlichung Tunesiens zu verhindern. Diese wurde durch den Staatspräsidenten Bourguiba verboten. Nachdem Ghannouchi 1981 die MTI gründete, wurde er bis 1984 inhaftiert. Im Jahr 1987 wurde er wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt.

Mit der Amtsübernahme Ben Alis im selben Jahr wurde Ghannouchi begnadigt. Mit dem Wahlerfolg der Kandidaten der Ennahdha bei den Parlamentswahlen 1989 verschärfte sich die Situation wieder und Ghannouchi floh 1989 ins Exil nach London.

Nach der Flucht Ben Alis nach Saudi-Arabien kehrte Ghannouchi nach über 20 Jahren Exil nach Tunis zurück. Dort übernahm er wieder den Vorsitz der Partei. Nachdem die Ennahdha bei den Wahlen als Sieger hervorgegangen ist, kündigte Ghannouchi an, kein politisches Amt mehr übernehmen zu wollen und sich seiner Aufgabe als Religionsgelehrter zu widmen.¹⁹

Abdelfattah Mourou, geboren am 01. Juni 1948, hatte mit Ghannouchi zusammen die MTI gegründet und wurde nach den Anschlägen auf das Parteibüro in Bab Souika am 17. Februar 1991 inhaftiert. Nach seiner Freilassung distanzierte er sich von der Ennahdha. Bei den Wahlen am 23. Oktober ließ er sich auf die Liste der Unabhängigen setzen und kandidierte nicht für die Ennahdha. Er erklärte dazu, für ihn seien im Moment die Etablierung von politischen und sozioökonomischen Reformen von Bedeutung und nicht die Diskussion über Ideologien.²⁰

Hamadi Jebali wurde 1949 in Sousse in Tunesien geboren und ist seit 1981 Mitglied der Ennahdha. Er leitete von 1981 bis 1984, während sich die Führung der Ennahdha in Haft befand, die Partei. Er lebte neun Jahre in Frankreich (von 1969 bis 1978) und absolvierte dort sein Studium zum Ingenieur. In Frankreich war Jebali einer der Gründer der Muslimischen Gesellschaft. Zurück in Tunesien wurde er Direktor der Zeitschrift Al Fajr, die von der Ennahdha herausgegeben wurde. 1990 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in der Ennahdha und dem Artikel „Das Volk des Staates oder der Staat des Volkes“, erschienen in der Al Fajr, verhaftet. Er wurde zu 16 Jahren Haft verurteilt.

¹⁹ vgl. Demokratie und Scharia. Der Islamist Rachid Ghannouchi spaltet in Tunesien die Gesellschaft. Frankfurter Rundschau vom 27.10.2011;
Profil: Rachid Ghannouchi. Tunesischer Islamistenführer und Mann des Augenblicks. Süddeutsche Zeitung vom 25.10.2011

²⁰ vgl. Islamismus auf unideologisch-tunesische Art. Neue Zürcher Zeitung vom 21.10.2011;
Amnesty International. Tunisia: Cycle of injustice. Juni 2003

Davon verbrachte er 10 Jahre in Einzelhaft. Während seiner Inhaftierung trat er in den Hungerstreik, um gegen seine schlechten Haftbedingungen zu protestieren. Nach seiner Entlassung 2006 wurde er Generalsekretär der Ennahdha. Jebali wird in der Übergangsregierung den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen.²¹

Ziele

Die Ennahdha tritt in der Öffentlichkeit als moderate islamische Partei auf. Sie bekennt sich in ihrem Parteiprogramm zur Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Sie möchte ein demokratisches politisches System mit den Werten des Islams verbinden. Rachid Ghannouchi erklärte wiederholt, dass die Ennahdha eine moderne Partei nach dem Vorbild der türkischen Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) sei. Nachdem Tunesien mit Bourguiba und Ben Ali einen strikt laizistischen Kurs gefahren war, der jegliche islamische Identität unterdrückt hatte, möchte die Ennahdha diese wiederbeleben. Die Trennung zwischen Staat und Religion soll jedoch nicht aufgehoben werden. Ebenso wenig soll in die persönlichen Freiheiten des Individuums eingegriffen werden, etwa durch ein Kopftuchgebot oder ein Alkoholverbot. Vielmehr möchte die Partei, dass der tunesische Staat eine tolerante Einstellung gegenüber anderen Glaubensauffassungen und Lebensweisen vertritt.

Das Parteiprogramm (französisch) ist im Internet abrufbar.²² Ein offizieller Internetauftritt ist bisher nur auf Arabisch vorhanden.²³

Die gute Organisation und ein ambitionierter und ausdauernder Wahlkampf sprechen für eine gute finanzielle Basis und engagierte Anhänger. Durch das Verhältniswahlrecht ist die Ennahdha in der VV auf Koalitionspartner angewiesen. Zusammen mit der Ennahdha bilden die Parteien „Kongress für die Republik“ (CPR) und „Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit“ (Ettakatol) die Übergangsregierung mit Hamadi Jebali von der Ennahdha als Ministerpräsident, Moncef Marzouki von der CPR als Staatspräsident und Nejib Chebbi von der Ettakatol als Parlamentssprecher.²⁴

21 vgl. Amnesty International. Tunisia: Cycle of injustice. Juni 2003; Congressional Research Service. Alexis Arieff: Political Transition in Tunisia, vom 20.09.2011, <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RS21666.pdf>, abgerufen am 17.11.2011; Tunisie : Hamadi Jebali, figure d'un islamisme éclairé. Lefigaro.fr vom 22.11.2011, <http://www.lefigaro.fr/international/2011/11/22/01003-20111122ARTFIG00763-tunisie-hamadi-jebali-figured-un-islamisme-eclairé.php>, abgerufen am 13.12.2011

22 vgl. www.365p.info/livre/copie_fr.pdf, , abgerufen am 22.11.2011

23 vgl. <http://www.ennahdha.tn/>, abgerufen am 22.11.2011

24 vgl. Wiedergeborene Gewinner. FAZ vom 25.10.2011; Verhandlungen in Tunis. Islamisten wollen mit säkularen Parteien koalieren. FAZ vom 16.11.2011; Parteihäuser triumphieren über Hinterzimmer. FAZ vom 27.10.2011; Tunesiens Parteien teilen sich die Macht. Süddeutsche vom 23.11.2011

4.2 Die CPR

Ausrichtung: Mitte-links, säkular



Parteiemblem

Gründung und Entwicklung

Die linksgerichtete Partei „Kongress für die Republik“ (CPR) wurde 2001 von Moncef Marzouki gegründet. Sie wurde bereits im darauffolgenden Jahr verboten. Moncef Marzouki ging ins Exil nach Frankreich und leitete die Partei von dort aus weiter. Nach seiner Rückkehr wurde die CPR am 08. März 2011 als Partei zugelassen. Sie wurde bei den Wahlen zur VV zweitstärkste Kraft.²⁵

Führende Persönlichkeiten

Moncef Ben Mohamed Bedoui-Marzouki wurde am 7. Juli 1945 in Grombalia in Tunesien geboren. Er studierte Medizin an der Universität Straßburg und arbeitete von 1981 bis 2000 als Professor für Medizin an der Universität in Sousse. Er engagierte sich schon früh für Menschenrechte und leitete von 1989 bis 1994 die Tunesische Menschenrechtsliga (LTDH), die im März 1993 offiziell zugelassen wurde. 1994 wurde er vier Monate inhaftiert, weil er bei den Präsidentschaftswahlen gegen Ben Ali antreten wollte. 2001 gründete er die linksgerichtete Partei „Kongress für die Republik“, die unmittelbar danach verboten wurde. Marzouki ging ins Exil nach Frankreich. Am 17. Januar 2011 kündigte Marzouki an, für das Amt des Präsidenten kandidieren zu wollen und kehrte am darauffolgenden Tag aus seinem Exil nach Tunesien zurück. Moncef Marzouki wird in der Übergangsregierung das Amt des Staatspräsidenten übernehmen.²⁶

²⁵ vgl. Menschenrechtsaktivist soll Staatschef werden. Sueddeutsche.de vom 16.11.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/tunesien-menschenrechtsaktivist-soll-staatschef-werden-1.1190357>, abgerufen am 23.11.2011;
Tunesiens Parteien teilen sich die Macht, Süddeutsche Zeitung vom 23.11.2011;
Parteiemblem. <http://www.cpr.tn/>, abgerufen am 24.11.2011

²⁶ vgl. Menschenrechtsaktivist soll Staatschef werden. Sueddeutsche.de vom 16.11.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/tunesien-menschenrechtsaktivist-soll-staatschef-werden-1.1190357>, abgerufen am 23.11.2011;
Tunesiens Parteien teilen sich die Macht, Süddeutsche Zeitung vom 23.11.2011;
Bureau Politique, Moncef Marzouki, partistunisie.com, <http://www.partistunisie.com/fr/cpr-membre-121.html>, abgerufen am 23.11.2011

Ziele

Die Partei „Kongress für die Republik“ (CPR) möchte ein liberales und demokratisches politisches System in Tunesien etablieren. Auch wenn die Partei säkular ausgerichtet ist, akzeptiert sie die arabisch-muslimische Identität Tunesiens und möchte der Bevölkerung keine laizistische Richtung aufdrängen, wie es unter Ben Ali und Bourguiba der Fall war. Besonders engagiert sich die CPR für Menschenrechte. Aber auch Themen wie Pressefreiheit, Gewaltenteilung, der Kampf gegen Korruption und eine unabhängige Justiz stehen auf ihrer Agenda. Sie legt Wert auf soziale und ökonomische Gerechtigkeit. Der Wohlstand soll nicht auf wenigen Eliten verbleiben, sondern auf das gesamte tunesische Volk gerecht verteilt werden. Die CPR möchte die Herausbildung der tunesischen Zivilgesellschaft und die Etablierung von Nichtregierungsorganisationen fördern.²⁷

Der offizielle Internetauftritt der CPR ist bisher nur auf Arabisch verfügbar.²⁸ Das Parteiprogramm ist auf Französisch abrufbar.²⁹

Moncef Marzouki hatte schon vor den Wahlen angekündigt, keine Berührungspunkte mit der Ennahdha zu haben. In der Koalition von Ennahdha, Ettakatol und CPR übernimmt Marzouki künftig das Amt des Staatspräsidenten.³⁰

4.3 Die Al-Aridha

Ausrichtung: Nationalistisch



Parteiemblem

Gründung und Entwicklung

Die Partei Al-Aridha (Volkspetition für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung) wurde am 11. März 2011 von dem TV-Unternehmer Hechmi Hamdi gegründet. Das endgültige Wahlergebnis für die Al-Aridha wurde erst Mitte November 2011 bekannt gegeben. Die unabhängige Wahlinstanz ISIE (Instance Supérieure Indépendante pour les Élections) annullierte zunächst sechs Listen der Al-Aridha wegen Vergehen bei der Wahlkampffinanzierung. Zudem wurde die Wahlkampfstrategie

²⁷ vgl. Objectifs, Partistunisie.com, <http://www.partistunisie.com/fr/cpr-programme.html>, abgerufen am 24.11.2011

²⁸ vgl. <http://www.cpr.tn/>

²⁹ vgl. Objectifs, Partistunisie.com, <http://www.partistunisie.com/fr/cpr-programme.html>, abgerufen am 24.11.2011

³⁰ vgl. Tunesiens Parteien teilen sich die Macht. Süddeutsche Zeitung vom 23.11.2011

der Al-Aridha in der Öffentlichkeit stark kritisiert, denn Hamdi benutzte seinen privaten Fernsehsender Al Mustakilla, um für seine Partei zu werben. Hamdi ging gegen diese Entscheidung gerichtlich vor und konnte erreichen, dass die Listen wieder anerkannt wurden und sich die Volkspetition somit letztendlich als drittstärkste Kraft in der Verfassungsgebenden Versammlung etablieren konnte.³¹

Führende Persönlichkeiten

Hechmi Hamdi kommt aus der Provinz Sidi Bouzid, wo der Umsturz in Tunesien mit der Selbstverbrennung des jungen Gemüsehändlers Mohammed Buazizis seinen Ausgang nahm. Er arbeitet als Journalist, Schriftsteller und TV-Unternehmer. Er studierte bis 1985 an der Universität Tunis Literatur und Arabische Sprache. 1990 beendete er ein weiteres Studium an der Universität London an der Fakultät für Orient- und Afrikawissenschaften. In London gründete er 1999 den Fernsehsender „The Independent TV Channel“ (Al Muskatillah) und 2005 den Fernsehsender „Democratic Channel“.³²

In der Presse wurde in den vergangenen Wochen viel über die Verbindungen spekuliert die Hechmi Hamdi in der Vergangenheit hatte. Zum Einen soll er früher ein Mitglied der islamischen Ennahdha gewesen sein und aus dieser aus unbekanntem Gründen ausgeschlossen worden sein, zum Anderen werden ihm Verbindungen zur ehemaligen Regierungspartei RCD nachgesagt.³³

Ziele

Die Volkspetition für Freiheit, Gerechtigkeit und Entwicklung (Al-Aridha) verfolgt in ihrem politischen Programm drei primäre Ziele. Diese sind die Etablierung einer demokratischen Verfassung, die Einführung eines kostenlosen Gesundheitssystems und die Einrichtung einer finanziellen Unterstützung für Arbeitslose. Die Partei möchte eine Verfassung stellen, die die Menschenrechte achtet und die arabisch-muslimische Identität Tunesiens respektiert. Die Macht des Parlaments und des

31 vgl. Protest in Tunesien: Revolutionsverlierer proben den Aufstand, [spiegel.de](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,794665,00.html) vom 28.10.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,794665,00.html>, abgerufen am 24.11.2011; Programme de la Pétition Populaire pour la Liberté, la Justice et le Développement dans les elections de l'Assemblée Nationale Constituante 2011, [al-hachimi.net](http://www.alhachimi.net/images/stories/pdfs/Le_programme_la_Ptition_Populaire.pdf), http://www.alhachimi.net/images/stories/pdfs/Le_programme_la_Ptition_Populaire.pdf, abgerufen am 24.11.2011; Parteiemblem. [al-hachimi.net](http://www.alhachimi.net), <http://www.alhachimi.net/images/stories/pdfs/AlHachimi.net.Brochure.v3.pdf>, abgerufen am 24.11.2011

32 vgl. Selbstverbrennung in Tunesien. Was vor Mohammeds Martyrium geschah. [spiegel.de](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,740901,00.html) vom 23.02.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,740901,00.html>, abgerufen am 24.11.2011; Aridha Chaabia – Popular Petition for Freedom, Justice and Development, [tunisia-live.net](http://www.tunisia-live.net) vom 25.02.2011, <http://www.tunisia-live.net/2011/10/25/peoples-petition-for-freedom-justice-and-development> abgerufen am 24.11.2011; Programme de la Pétition Populaire pour la Liberté, la Justice et le Développement dans les elections de l'Assemblée Nationale Constituante 2011, [al-hachimi.net](http://www.alhachimi.net), http://www.alhachimi.net/images/stories/pdfs/Le_programme_la_Ptition_Populaire.pdf, abgerufen am 24.11.2011

33 vgl. vgl. KAS. Klaus D. Loetzer: Wahlsieg der islamistischen Ennahdha, [kas.de](http://www.kas.de) vom 01.11.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_29284-1522-1-30.pdf?111101195541, abgerufen am 24.11.2011

Präsidenten soll zu gleichen Teilen aufgeteilt werden. Arbeitslosen verspricht die Al-Aridha 200 Dinar (ca. 103 €) im Monat, wenn sie im Gegenzug dafür zwei Tage in der Woche für das Gemeinwohl des tunesischen Staates arbeiten. In Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsverband UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail) soll eine Strategie zur Verminderung der Arbeitslosigkeit entwickelt werden. Um die Korruption in der Politik Tunesiens zu bekämpfen, soll eine unabhängige Justiz geschaffen werden.³⁴

Der Internetauftritt der Al-Aridha ist bisher nur auf Arabisch abrufbar. Jedoch enthält die Internetseite ein Parteiprogramm auf Französisch.³⁵

Die Volkspetition wird zukünftig eine wichtige Rolle in der Opposition in der tunesischen Politik wahrnehmen. Bisher kündigte der neue Staatspräsident Moncef Marzouki an, mit der Partei zusammenarbeiten zu wollen, jedoch nicht mit ihrem Vorsitzenden Hechmi Hamdi.³⁶

4.4 Die Ettakatol

Ausrichtung: Sozialdemokratisch



Parteiemblem

Gründung und Entwicklung

Die Partei Ettakatol (Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit) wurde am 9. April 1994 von einer Gruppe von Intellektuellen und Menschenrechtsaktivisten gegründet. Seitdem ist eines ihrer wichtigsten politischen Ziele die Etablierung eines demokratischen Systems in Tunesien.

³⁴ vgl. Programme de la Pétition Populaire pour la Liberté, la Justice et le Développement dans les elections de l'Assemblée Nationale Constituante 2011, al-hachimi.net, http://www.alhachimi.net/images/stories/pdfs/Le_programme_la_Ptition_Populaire.pdf, abgerufen am 24.11.2011

³⁵ vgl. <http://www.alhachimi.net/>

³⁶ vgl. Tunesiens Parteien teilen sich die Macht. Süddeutsche Zeitung vom 23.11.2011

Am 25. Oktober 2001 erlangte die Partei einen legalen Status. Unter Ben Ali nahmen die zugelassenen Oppositionsparteien nur eine marginalisierte Stellung in der tunesischen Politik ein. Bei den Parlamentswahlen 2004 konnte sie keinen einzigen Sitz im Parlament erreichen.³⁷

Führende Persönlichkeiten

Mustapha Jaafar wurde 1940 in Beb Souiqua (Tunesien) geboren. Er studierte in den 60er Jahren Medizin in Frankreich. In seiner Studienzeit war er Mitglied des Gewerkschaftsdachverbandes UGTT (Union Générale Tunisienne du Travail), der vor allem für die Unabhängigkeit Tunesiens von Frankreich kämpfte. Nachdem er aus Frankreich zurückgekehrt war, wurde er Vize-Präsident der LTDH (Ligue tunisienne des droits de l'homme, Tunesische Menschenrechtsliga). Er war einer der Gründer der Partei MDS (Mouvement des démocrates socialistes), trat jedoch einige Jahre später wegen Meinungsverschiedenheiten mit Mitgliedern der Führung der Partei aus dieser aus. Weiterhin war er Gründungsmitglied bei der CNTL (Council National Liberties in Tunisia).

Letztendlich gründete Jaafar 1994 die Partei Ettakatol, die bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung viertstärkste Kraft wurde. In der ersten Übergangsregierung nach der Flucht Ben Alis wurde er zum Minister für Gesundheit ernannt. Dieses Amt legte er nur wenig später nieder, weil RCD Mitglieder weiterhin im Kabinett vertreten waren. Mustapha Jaafar wird in der künftigen Übergangsregierung das Amt des Parlamentssprechers übernehmen.³⁸

Ziele

Die Partei Ettakatol möchte in Tunesien einen unabhängigen, souveränen, liberalen und demokratischen Staat etablieren. Die verschiedenen Gewalten im Staat sollen einer effektiven Kontrolle unterliegen. Dabei sollen der Islam als die Religion und Arabisch als die Sprache des tunesischen Volkes anerkannt werden. Trotzdem sollen Staat und Religion in der Politik voneinander getrennt bleiben. Vom Staat sollen sowohl Bürger- und Menschenrechte als auch soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden und institutionell verankert sein. Die Durchsetzung soll durch eine unabhängige Justiz kontrolliert werden. Die Medien sollen unabhängig von jeglichem staatlichen Einfluss arbei-

37 vgl. Parteiemblem:
<http://www.partistunisie.com/fr/fdtl.html?PHPSESSID=e2a5476ece547d7625f5aa56f9a9dd2c>,
Ettakatol – Forum Démocratique pour le Travail et les Libertés, Tunisia-live.net, <http://www.tunisia-live.net/2011/10/10/party-profile-ettakatol-forum-democratique-pour-le-travail-et-les-libertes-%d8%a7%d9%84%d8%aa%d9%83%d8%aa%d9%84/>, abgerufen am 25.11.2011;
Penpix – Who are Tunisia’s main opposition figures?, af.reuters.com vom 17.01.2011,
<http://af.reuters.com/article/tunisiaNews/idAFLDE70G1MA20110117?pageNumber=2&virtualBrandChannel=0>,
abgerufen am 25.11.2011

38 vgl. Mustapha Ben Jafaar. Tunisia-live.net vom 23.11.2011, <http://www.tunisia-live.net/2011/11/23/mustafa-ben-jaafar/>, abgerufen am 25.11.2011;
European Parliament. Directorate-General for External Policies of the Union
Policy Department. Tunisia, europarl.europa.eu vom Oktober 2011,
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/droi/dv/3_tunisiapd/_3_tunisiapd_en.pdf, abgerufen am 25.11.2011;
Tunesien: Proteste gegen die neue Regierung, focus.de vom 18.01.2011, http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/tunesien-proteste-gegen-neue-regierung_aid_591441.html, abgerufen am 25.11.2011

ten können. Die wirtschaftliche Entwicklung soll dem gesamten tunesischen Volk zu gute kommen und vorrangiges Ziel ist die Beseitigung der Armut. Gleichzeitig wird eine Reformierung des Bildungssystems angestrebt.³⁹

Der Internetauftritt der Ettakatol ist auf Französisch und Arabisch verfügbar.⁴⁰

Die Ettakatol drängte bei den Koalitionsgesprächen darauf, dass ihr Vorsitzender Mustapha Jaafar Staatspräsident wird. Letztendlich wurde Moncef Marzouki Staatspräsident und Mustapha Jaafar erhielt das Amt des Parlamentssprechers. Die Ettakatol wird mit der Ennahdha und der CPR die Regierungskoalition bilden.⁴¹

4.5 Die PDP

Ausrichtung: Mitte-links



Parteiemblem

Gründung und Entwicklung

Die PDP (Demokratische Fortschrittspartei) wurde 1983 unter den Namen Progressive Sozialistische Sammlung gegründet. Sie wurde am 12. September 1988 als Partei zugelassen. 2001 änderte sie ihren Namen in Demokratische Fortschrittspartei (PDP). Von 1989 bis 1999 nahm sie an den Parlamentswahlen teil. 2009 wurden 17 Listen der PDP bei den Präsidentschaftswahlen für ungültig erklärt. Daraufhin boykottierte sie die Wahlen. Folglich war die PDP mit keinem Repräsentanten in der Abgeordnetenversammlung vertreten. Ahmed Nejib Chebbi ist Vorsitzender und die Biologin Maya Jribi wurde 2006 Generalsekretärin der Partei. Beide führten vom 20. September bis zum 20. Oktober 2007 einen Hungerstreik durch, als der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft der UN in Tunis

³⁹ vgl. FDTL.objectifs, partistunisie.com, <http://www.partistunisie.com/fr/fdtl-programme.html>, abgerufen am 25.11.2011

⁴⁰ vgl. <http://www.ettakatol.org/fr/>

⁴¹ vgl. Verhandlungen in Tunis. FAZ vom 16.11.2011; Tunesische Parteien teilen sich die Macht. Süddeutsche Zeitung vom 23.11.2011

stattfand. Chebbi und Jribi protestierten dagegen, dass die Mitglieder der PDP von Sicherheitskräften aus ihrer Parteizentrale verwiesen wurden.⁴²

Führende Persönlichkeiten

Ahmed Nejib Chebbi wurde am 30. Juli 1944 in Tunis geboren. Er studierte an der Universität Tunis Recht. Danach ging er nach Paris um Medizin zu studieren. Zu dieser Zeit war er ein aktives Mitglied der l'Union générale des étudiants de Tunisie (UGET). 1966 wurde Chebbi vorgeworfen eine Verschwörung gegen den Staat zu planen und er wurde deshalb verhaftet. 1970 wurde er zu elf Jahren Haft verurteilt. Im März 1970 begnadigt, wurde er unter Hausarrest gestellt. 1972 ging er ins Exil nach Frankreich und schloss sich dort der Bewegung „L'Ouvrier Tunisie“ an. 1974 wurde er aufgrund seiner politischen Aktivitäten in Abwesenheit erneut zu elf Jahren Haft verurteilt. 1983 war Ahmed Nejib Chebbi Mitbegründer der Progressiven Sozialistischen Sammlung, die später unter dem Namen PDP (Demokratische Fortschrittspartei) operierte. Im Jahr 1977 kehrte Chebbi gemeinsam mit anderen politischen Aktivisten wie Sihem Bensedrine und Naji Marzouk aus dem Exil nach Tunesien zurück. Am 12. Februar 2008 gab er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2009 bekannt, er wurde jedoch von der Regierung Ben Alis von den Wahlen ausgeschlossen.⁴³

Nach der Flucht Ben Alis nach Saudi-Arabien wurde Nejib Chebbi Minister für regionale Entwicklung in der Übergangsregierung unter dem Ministerpräsident Mohamed Ghannouchi. Er legte sein Amt bald nieder, weil er mit dem Kurs der Übergangsregierung nicht einverstanden war.⁴⁴

Maya Jribi wurde 1960 in Bou Arada geboren. Sie studierte zunächst Biologie in Rades. Von 1979 bis 1983 setzte sie ihr Studium an der wissenschaftlichen Fakultät in Sfax fort. Zu dieser Zeit war sie ebenfalls ein aktives Mitglied der l'Union générale des étudiants de Tunisie (UGET). In den frühen 80ern begann sie sich für die LTDH (Ligue tunisienne des droits de l'homme, Tunesische Menschenrechtliga) zu engagieren. Außerdem arbeitete sie für die Zeitschriften Errai (L'Opinion) und Al Mawkif. In den 80ern war sie Mitglied in zahlreichen Organisationen. Unter Anderem gründete sie die „Association of Research on Women and Development“ und arbeitete für UNICEF. 1983

42 vgl. Parteiemblem: <http://www.partistunisie.com/fr/pdp-biographie.html>; Progressive Democratic Party – Parti Democratique Progressiste, tunisia-live.com vom 09.10.2011, <http://www.tunisia-live.net/2011/10/09/parti-democratique-progressiste-%D8%A7%D9%84%D8%AD%D8%B2%D8%A8-%D8%A7%D9%84%D8%AF%D9%91%D9%8A%D9%85%D9%88%D9%82%D8%B1%D8%A7%D8%B7%D9%8A-%D8%A7%D9%84%D8%AA%D9%82%D8%AF%D9%91%D9%85%D9%8A/>, abgerufen am 25.11.2011; Lexikon: Tunesien, bpb.de, http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=XQ904K, abgerufen am 13.12.2011

43 vgl. Maitre Ahmed Najib Chabbi, pdp.tn, http://www.pdp.tn/fr/cms_items/view/17/element:144/Maitre_Ahmed_Najib_Chabbi, abgerufen am 28.11.2011

44 vgl. Der Übergang in Tunesien harzt. Nzz.ch vom 01.03.2011, http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/uebergang_in_tunesien_harzt_1.9735471.html, abgerufen am 28.11.2011

gründete sie mit Ahmed Chebbi zusammen die Demokratische Fortschrittspartei (PDP). Am 25. Dezember 2006 wurde sie zur Generalsekretärin der PDP gewählt. Damit wurde sie die erste Frau in Tunesien, die eine Führungsposition in der Politik einnahm.⁴⁵

Ziele

Vorrangiges Ziel der PDP ist es ein demokratisches System zu etablieren, dass auf der Grundlage von Pluralismus und Gewaltenteilung funktioniert. Die Partizipation der Zivilgesellschaft soll durch regionale, nationale und kommunale Wahlen gewährleistet sein. Das System soll einen dezentralisierten Charakter haben. Der Präsident soll für fünf Jahre vom Volk gewählt werden, dabei kann er sich nur einmal für weitere fünf Jahre wieder wählen lassen. Er darf seine Minister selbst ernennen, unterliegt jedoch dabei der Kontrolle des Parlaments. Das Parlament soll aus der Abgeordnetenkammer und dem Senat bestehen. Der Bürger soll vor jeglicher staatlicher Willkür geschützt werden. Deshalb sollen Bürger- sowie Menschenrechte ein grundlegendes Element der Verfassung werden. Dazu gehört, dass Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit durch die Regierung gewährleistet werden. Für die Durchsetzung dieser Rechte ist die Etablierung einer unabhängigen Justiz notwendig.

Es sollen politische Reformen eingeleitet werden. Die PDP möchte eine Generalamnestie für politische Gefangene und Exilanten durchsetzen. Ökonomische, soziale und politische Prozesse sollen durch Transparenz gekennzeichnet sein. Der ökonomische Wohlstand soll allen Tunesiern zu Gute kommen.⁴⁶

Der Internetauftritt ist auf Arabisch abrufbar. Außerdem wurde eine eigene Partiseite für Tunesier eingerichtet, die sich in Frankreich aufhalten.⁴⁷

Vor den Wahlen hatte sich die PDP eindeutig gegen eine Koalition mit der Ennahdha ausgesprochen. Sie ist in der Übergangsregierung weiterhin in der Opposition vertreten.⁴⁸

45 vgl. Maya Jribi. Pdp.tn, http://www.pdp.tn/fr/cms_items/view/18/element:145/Maya_Jribi, abgerufen am 28.11.2011

46 vgl. PDP. Objectifs. Partistunisie.com, <http://www.partistunisie.com/fr/pdp-programme.html>, abgerufen am 28.11.2011, Programme. pdp.tn, http://www.pdp.tn/fr/cms_items/view/25/element:141/Programme_politique, abgerufen am 28.11.2011

47 vgl. <http://pdpinfo.org/>, <http://www.pdpfrance.com/>

48 vgl. Islamisten wollen in Tunesien auch weltliche Parteien einbinden. Reuters.com vom 25.10.2011, <http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE79O0KO20111025>, abgerufen am 18.12.2012

5. Fazit

Mit der neu gewählten Verfassungsgebenden Versammlung verfügt Tunesien über eine demokratisch legitimierte Institution, welche die Weichen für die Zukunft stellen wird. Wie sich der Demokratisierungsprozess jedoch weiter entwickelt, hängt nicht nur von dieser Institution ab, entscheidend wird sein, ob und wie es die neuen Eliten schaffen mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen umzugehen.

Der Wahlsieg der Ennahdha wurde in Tunesien sowie in vielen westlichen Ländern intensiv diskutiert. Kritiker befürchten, dass sich Tunesien von dem laizistischen Kurs, der von Präsident Bourguiba eingeführt wurde, lösen könnte und künftig der Islam eine zentrale Stellung in der tunesischen Politik einnehmen werde. Der Vorsitzende der Ennahdha, Rachid Ghannouchi, hatte immer wieder betont, dass die Ennahdha eine moderate Partei sei, die zwar die muslimische Identität Tunesiens wiederbeleben möchte, aber niemanden die islamische Lebensweise aufzwingen werde. Die Scharia solle nicht als geltendes politisches Recht eingeführt werden. Viele Kritiker mutmaßten jedoch, dass die liberalen Ansätze, die noch im Wahlkampf propagiert wurden, nach den Wahlen revidiert werden könnten. Weiterhin wird vermutet, dass Ghannouchi als liberales Aushängeschild genutzt werde und die Basis der Partei weitaus konservativer sei, als sie sich der Öffentlichkeit präsentiere. Vor allem befürchten die Kritiker Einschränkungen bei den Rechten der Frauen, die in Tunesien als sehr fortschrittlich gelten.⁴⁹

Beobachter hatten mit dieser Entwicklung bei den Wahlen nicht gerechnet. Viele waren der Meinung, dass moderne Werte bereits tief in der tunesischen Bevölkerung verankert sind. Um nachvollziehen zu können, wie sich ein relativ modernes Land wie Tunesien mehrheitlich für eine traditionell ausgerichtete Partei entscheiden konnte, muss die Geschichte Tunesiens näher betrachtet werden.

Die Entwicklung Tunesiens zu einem eher westlich-orientierten Staat und einer modernen Gesellschaft beruht nicht auf eigenen Entscheidungen der tunesischen Bevölkerung. Sie wurde vielmehr von „oben“ verordnet sowohl während der Regierungszeit Bourguibas als auch während der Herrschaft Ben Alis. Viele muslimische Organisationen wurden mit aller Härte unterdrückt, obwohl der muslimische Glaube in der Bevölkerung tief verwurzelt ist. Ungefähr 99 % der Tunesier gehören der Glaubensgemeinschaft der Muslime an. Die Ennahdha verkörperte im Wahlkampf die jahrelang unterdrückte muslimische Identität. Dieser Zwiespalt zwischen Moderne und Tradition sowie zwischen den übernommenen Werten und den traditionellen muslimischen Werten zeigte sich auch im

⁴⁹ vgl. Keine Angst vor Islamisten!, Frankfurter Rundschau vom 26.10.2011; Neubeginn in Tunesien, Süddeutsche Zeitung vom 28.10.2011; Zurück in die Zukunft, Die Welt vom 29.10.2011

Wahlkampf. Das säkulare Lager stand dem islamischen Lager gegenüber und die Wähler mussten sich zwischen diesen beiden politischen Richtungen entscheiden.⁵⁰

Erschwerend kam hinzu, dass das säkulare Lager es nicht geschafft hatte, ein breites gemeinsames Bündnis gegen die Ennahdha zu bilden. Somit verteilten sich ihre Wählerstimmen auf mehrere Parteien. Während die Ennahdha ihre politischen Ziele einheitlich und gut organisiert präsentierte, waren die säkularen Parteien zu zersplittert, um sich gut darzustellen und wirklich handlungsfähige Mehrheiten zu erreichen. Zudem war die Ennahdha finanziell gut ausgestattet und konnte sich einen ausdauernden Wahlkampf landesweit leisten.⁵¹

Die Ennahdha steht aber nicht nur für die muslimische Identität Tunesiens, sondern auch für eine klare Opposition zu Ben Ali. Keine Gruppe war unter Ben Ali einer solchen Verfolgung ausgesetzt wie die Ennahdha. Viele ihrer Mitglieder mussten langjährige Haftstrafen verbüßen, wie zum Beispiel der jetzige Ministerpräsident Hamadi Jebali, oder sie sahen sich gezwungen, ins Exil zu gehen. Insgesamt sprach damit viel für die Glaubwürdigkeit ihrer Ziele.

Die Etablierung der konservativen, nationalistisch orientierten Al-Aridha als drittstärkste Kraft bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung war für Viele eine weitere Überraschung. Denn keiner anderen Partei, die vorher gänzlich unbekannt war und sich erst kurz vor den Wahlen gebildet hatte, gelang ein solcher Erfolg. Alle anderen Parteien, die es bei den Wahlen unter die ersten fünf geschafft haben, waren vorher bekannt. Die Ettakatol und die PDP dadurch, dass sie schon unter Ben Ali als offiziell zugelassene, aber machtlose Parteien operieren konnten und die Ennahdha sowie die CPR durch ihren langen Kampf um Legalität und schließlich durch ihre Verfolgung. Sicherlich ist der Erfolg der Al-Aridha zu weiten Teilen auch der Parteiwerbung über den Fernsehsender Al Mustakilla, der dem Vorsitzenden der Partei Hechmi Hamdi gehört, zu verdanken. Damit konnte sie ihre Ideen landesweit verbreiten. Weiterhin hat sie einige Wahlversprechen gegeben, die gerade in ärmeren Regionen wie Sidi Bouzid gut ankamen, weil sie sich stark auf die Beseitigung von Armut konzentrierten. Jedoch wurden diese Versprechen von vielen Seiten als populistisch und unrealistisch bewertet. Der große Wahlerfolg in der Region Sidi Bouzid ist wahr-

50 vgl. Zwischen Demokratie und Scharia, Berliner Zeitung vom 27.10.2011, Wir wollten doch frei sein. Financial times Deutschland vom 20.10.2011; BAMF:Glossar Islamische Länder, Band 22 - Tunesien, Juni 2009; Tunesien entdeckt die Demokratie, spiegelonline.de vom 23.10.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,793496,00.html>, abgerufen am 01.12.2011; Wahlen in Tunesien. Gesellschaftlich beispiellos liberal, sueddeutsche.de vom 23.10.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-in-tunesien-wie-viel-islam-bringt-die-demokratie-1.1171075-2>, abgerufen am 01.12.2011; Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, Tunesien: Gesellschaft, Religion und Kultur, <http://liportal.inwent.org/tunesien/gesellschaft.html>, abgerufen am 01.12.2011

51 vgl. Die Stunde der Islamisten, Süddeutsche Zeitung vom 22.10.2011

scheinlich auch auf die starken Klientelbeziehungen in der Region zurückzuführen, weil Hechmi Hamdi aus dieser Region stammt.⁵²

Die PDP könnte man als großen Verlierer der Wahlen bezeichnen. Vor den Wahlen sah man sie noch als großen Konkurrenten zur Ennahdha. Als diesen hatte sie sich auch selbst gesehen und fast ihre ganze Wahlkampagne dem Kampf gegen die Ennahdha gewidmet. Damit hat die PDP sich vielleicht zu wenig auf die Bedürfnisse der Bevölkerung konzentriert und der Ennahdha ungewollt Popularität verschafft. Zudem hatte sie auf einen früheren Wahltermin gesetzt und konnte sich in der letzten entscheidenden Phase keinen effektiven Wahlkampf mehr leisten.⁵³

Die Wahlen wurden von allen internationalen und nationalen Wahlbeobachtungskommissionen insgesamt als fair und gerecht bezeichnet.

Die neue Regierung, bestehend aus Ennahdha, CPR und Ettakatol, steht nun vor der schweren Aufgabe die großen wirtschaftlichen Probleme Tunesiens lösen zu müssen. Durch die instabile Sicherheitslage ist es zu starken Einbrüchen in der Wirtschaft gekommen, verbunden mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit. Das Wirtschaftswachstum ist von 4,5 % auf 0,3 % gesunken. Auch der Tourismussektor ist durch den Umsturz in Tunesien stark angeschlagen. Es werden nun sehr hohe Erwartungen an die Regierung gestellt und der Umgang mit diesen Herausforderungen wird die folgenden Monate sowie die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr stark beeinflussen. Dabei wird sich zeigen, ob die tunesische Bevölkerung mit den Ergebnissen der Arbeit der Verfassungsgebenden Versammlung zufrieden ist und die gewählte Regierung beibehalten möchte.⁵⁴

52 vgl. KAS. Klaus D. Loetzer: Wahlsieg der islamistischen Ennahdha, kas.de vom 01.11.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_29284-1522-1-30.pdf?111101195541, abgerufen am 08.12.2011; Verhandlungen in Tunis, FAZ vom 16.11.2011

53 vgl. „Keine Koalition mit den Islamisten“, Berliner Zeitung vom 20.10.2011; Der Westen und die Wahlen in der Arabischen Welt: Zaungast beim Triumph der Islamisten, sueddeutsche.de vom 26.10.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlen-nach-dem-arabischen-fruehling-beim-triumph-der-islamisten-ist-der-westen-nur-zaungast-1.1173347>, abgerufen am 08.12.2011; KAS. Klaus D. Loetzer: Wahlsieg der islamistischen Ennahdha, kas.de vom 01.11.2011, http://www.kas.de/wf/doc/kas_29284-1522-1-30.pdf?111101195541, abgerufen am 08.12.2011

54 vgl. Die Islamisten haben zugehört, Die Welt vom 05.11.2011; Der lächelnde Islamist, Der Spiegel vom 10.10.2011; Wahl in Tunesien: Warten für ein freies Land, faz.net vom 23.10.2011, <http://www.faz.net/aktuell/wahl-in-tunesien-warten-fuer-ein-freies-land-11502700.html>, abgerufen am 08.12.2011

Asylrelevante Lage

Diese politischen Entwicklungen können sich auch auf das Migrationsverhalten der tunesischen Bevölkerung auswirken, das bisher in einem großen Maß von wirtschaftlichen Erwägungen geprägt war. Gelingt es nicht, die wirtschaftliche Lage in Tunesien zu verbessern und mehr Menschen eine Teilnahme am Aufschwung zu ermöglichen, kann es zu erneuten Demonstrationswellen, verbunden mit einer weiteren Schwächung der Wirtschaft, kommen. Die Handlungsfähigkeit der neuen Regierung wäre dadurch sowie durch die immer noch nicht stabile Sicherheitslage stark eingeschränkt. Zudem bestünde auch die Gefahr, dass populistische und möglicherweise auch radikale Kräfte starken Zulauf bekämen.

Im Jahr 2011 landeten bis Ende Oktober ca. 61.000 Migranten an den italienischen Küsten, etwa 25.000 von ihnen aus Tunesien. Im Oktober und November kamen nur noch wenige Flüchtlinge. Witterungsbedingt dürften die Überfahrten zudem immer schwieriger werden.

Im April 2011 erklärte die italienische Regierung, sie werde mehreren Tausend tunesischen Migranten, die sich bereits in Italien aufhalten, befristete Visa ausstellen. Dabei handelte es sich um befristete Aufenthaltsgenehmigungen zu humanitären Zwecken, gültig nur für Personen, die vor dem 05.04.2011 in Italien eingetroffen waren. Für nach diesem Zeitpunkt eingereiste Tunesier hatte die Regierung in Rom mit Tunesien am 05.04.2011 ein Abkommen vereinbart, das die Rückführung künftig ankommender tunesischer Migranten in ihre Heimat regelt. Durch die Aufenthaltsgenehmigung erhielten die Migranten keinen Anspruch auf eine Grundversorgung. Am 06.10.2011 wurden die italienischen Aufenthaltstitel für rund 12.000 tunesische Migranten per Erlass um weitere sechs Monate verlängert. Da bisher nur sehr wenige Tunesier in Italien eine Arbeit gefunden haben, sind viele nach Frankreich aber auch in die Schweiz weitergewandert. Hauptzielstaat für Migranten aus Tunesien war 2011 bisher die Schweiz mit 2.292 Asylbegehren bis Ende November. In Deutschland wurden von Januar bis Ende Dezember 2011 von tunesischen Staatsangehörigen insgesamt 473 Asylerstanträge gestellt. Tunesier die sich mit einem italienischen Aufenthaltstitel im Schengenraum aufhalten, müssen jedoch nach Italien zurückkehren, um sich diese Verlängerung in ihrem Pass offiziell bestätigen zu lassen.⁵⁵

⁵⁵ vgl. Schweizer Bundesamt für Migration. Asylstatistiken. http://www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/dokumentation/zahlen_und_fakten/asylstatistik/monatstatistiken.html, abgerufen am 19.12.2011; BAMF: Asylstatistik 2011, Tunesien

Asylum Applications received from Tunisia by European Participating States by Year for period 2010-2011 (IGC, Stand Dezember 2011, teilweise liegen auch noch keine oder nicht alle Monatsmeldungen vor)⁵⁶

<u>Participating State</u>	<u>2010</u>	<u>2011</u>	<u>Total</u>
<u>Australia</u>	<u>2</u>	<u>-</u>	<u>2</u>
<u>Austria</u>	<u>56</u>	<u>182</u>	<u>238</u>
<u>Belgium</u>	<u>20</u>	<u>106</u>	<u>126</u>
<u>Canada</u>	<u>35</u>	<u>63</u>	<u>98</u>
<u>Denmark</u>	<u>9</u>	<u>50</u>	<u>59</u>
<u>Finland</u>	<u>7</u>	<u>25</u>	<u>32</u>
<u>France</u>	<u>62</u>	<u>202</u>	<u>264</u>
<u>Germany</u>	<u>94</u>	<u>447</u>	<u>541</u>
<u>Greece</u>	<u>12</u>	<u>23</u>	<u>35</u>
<u>Ireland</u>	<u>1</u>	<u>-</u>	<u>1</u>
<u>Italy</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>0</u>
<u>Netherlands</u>	<u>8</u>	<u>24</u>	<u>32</u>
<u>New Zealand</u>	<u>-</u>	<u>3</u>	<u>3</u>
<u>Norway</u>	<u>39</u>	<u>68</u>	<u>107</u>
<u>Spain</u>	<u>2</u>	<u>5</u>	<u>7</u>
<u>Sweden</u>	<u>55</u>	<u>270</u>	<u>325</u>
<u>Switzerland</u>	<u>358</u>	<u>2,574</u>	<u>2,932</u>
<u>United Kingdom</u>	<u>22</u>	<u>35</u>	<u>57</u>
<u>United States</u>	<u>3</u>	<u>12</u>	<u>15</u>
<u>Total:</u>	<u>785</u>	<u>4,089</u>	<u>4,874</u>
<u>Evolution:</u>	<u>N.A.</u>		<u>N.A.</u>

⁵⁶ vgl. https://secure.igc.ch/web/jcms/c_30302/asylum

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Frankenstraße 210

90461 Nürnberg

Referat 412

Analyse islamischer Herkunftsländer

Tel.: 0911-943-7201

Fax: 0911-943-7299

Internet: www.bamf.de

Stand: Dezember 2011